



**LESEN SIE IN DIESER AUSGABE:**

Forderungskatalog zum  
TierHaltKennzG  
>> S. 3

Prof. Dr. Alfons Balmann:  
Blick auf die ITW  
>> S. 4

Forsa-Umfrage  
Ergebnisse  
>> S. 6



## FRISCHER WIND FÜR DIE ZUKUNFT: DIE NEUE REGIERUNG UND TIERWOHL

# LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Deutschland hat gewählt und wir haben eine neue Bundesregierung. Der Wechsel im Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat bringt frischen Wind und eröffnet neue Chancen, gemeinsam mit allen Akteuren der Wertschöpfungskette nachhaltige und praxisnahe Lösungen zu gestalten. Wir als Initiative Tierwohl freuen uns auf einen offenen, konstruktiven Dialog und möchten Sie ermutigen, sich einzubringen und gemeinsam Brücken zu bauen – zwischen Politik, Wirtschaft und Landwirtschaft.

Diese Ausgabe bringt dafür erste Impulse mit. Was erwartet Sie? In unserem exklusiven Interview mit Prof. Alfons Balmann beleuchtet der Direktor des Leibniz-Instituts für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO), warum echte Fortschritte beim Tierwohl bislang vor allem durch das Engagement

der Wirtschaft und der Verbraucher erzielt wurden. Seine Einschätzung: Staatliche Initiativen haben bisher wenig Wirkung entfaltet – nicht aus fehlendem Willen, sondern weil komplexe Herausforderungen wie Finanzierung und soziale Ausgewogenheit oft unterschätzt wurden. Und eine parteiübergreifende Zusammenarbeit blieb ebenso aus.

Vor diesem Hintergrund appellieren die ITW und ihre Partner an die Politik: Gemeinsam mit einem starken Bündnis aus Landwirtschaft, Handel und Verarbeitung setzen wir uns für eine praxisnahe, wettbewerbsfähige und gesellschaftlich akzeptierte Tierwohlpolitik ein. Wir fordern die Integration etablierter privater Kontrollsysteme ins staatliche Kennzeichnungssystem, den Abbau bürokratischer Hürden, die Zulassung marktgerechter Lösungen wie Downgrading sowie einen stabilen rechtlichen Rahmen.

In unseren Kurzmeldungen erfahren Sie, wie die ITW mit neuen Aufpreisempfehlungen und Bonussystemen in der Schweinemast sowie mit weiterentwickelten Kriterien in der Geflügelhaltung bereits konkrete Verbesserungen für Betriebe und Tiere schafft.

Zudem gibt unsere aktuelle Forssa-Umfrage einen Überblick über die gesellschaftliche Meinung: Die Bevölkerung steht hinter mehr Tierwohl. Dabei sieht die Mehrheit die Verbraucher in der Hauptverantwortung, gefolgt vom Handel und – mit deutlichem Abstand – dem Staat. Das zeigt: Es braucht nicht nur politisches Engagement, sondern auch Offenheit für neue Wege und eine Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Initiativen.

Lassen Sie uns gemeinsam die Grundlagen für eine Landwirtschaft schaffen, in der Tierwohl, Wirtschaftlichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz Hand in Hand gehen. Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen und stehen als verlässlicher Partner bereit.

**Herzliche Grüße aus Bonn sendet Ihnen**

Dr. Alexander Hinrichs

**Sie erreichen mich unter:**  
[alexander.hinrichs@initiative-tierwohl.de](mailto:alexander.hinrichs@initiative-tierwohl.de)



Alois Rainer, der neue Bundesminister für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat, steht vor der großen Aufgabe, das Tierwohl hierzulande zu verbessern. Der Koalitionsvertrag zeigt den Kurswechsel: Für mehr Praxisnähe und Tierwohl soll das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz (TierHaltKennzG) mit allen Akteuren der Wertschöpfungskette überarbeitet werden. Ein Ziel, das auch die Wirtschaftsbeteiligten (von der Landwirtschaft bis zum Handel) in der ITW teilen. Gemeinsam haben sie sich auf wichtige Punkte verständigt, die in dem THKG grundlegend reformiert werden müssen.

## PRIVATE SIEGELSYSTEME EINBINDEN:

Erfolgreiche private Kontrollsysteme existieren bereits. Sie weisen jahrelange Erfahrung vor und be-

sitzen Glaubwürdigkeit. Ein weiteres staatliches System schafft doppelte Strukturen und unnötige Bürokratie. Die Wirtschaftsbeteiligten fordern deshalb, etablierte private Systeme ins staatliche System zu integrieren.

## AUF ZUSÄTZLICHE REGISTRIERUNGS- & NACHWEISPFlichten VERZICHTEN:

Die im TierHaltKennzG vorgesehenen Registrierungs- und Nachweispflichten für landwirtschaftliche Betriebe sind überflüssig und müssen gestrichen werden. Die bestehenden Registriernummern nach Viehverkehrsverordnung (VVVO) ermöglichen bereits eine verlässliche Zuordnung. Zudem prüfen private Siegelssysteme seit Jahren die Einhaltung der Anforderungen der Haltungsstufen. Die Ergebnisse sind für die Verbraucher

transparent als Siegel auf den Produktverpackungen sichtbar.

## DOWNGRADING ERLAUBEN:

Das Verbot, höherwertiges Fleisch als konventionelle Ware zu vermarkten, wenn Premiumprodukte nicht nachgefragt werden, muss aufgehoben werden. Das sogenannte Downgrading sichert eine marktgerechte Verwendung des Fleisches. Dazu steigert es die Flexibilität und Effizienz der Produzenten und Händler, verhindert Lebensmittelverschwendung und reduziert wirtschaftliche Risiken.

Die Punkte sind nur eine Auswahl von notwendigen Änderungen und zeigen: Nur durch praxisnahe Regelungen, Bürokratieabbau und echten Dialog lässt sich das Ziel eines zukunftsfähigen Tierwohls erreichen.



# „EIN UMBAU DER TIERHALTUNG LÄSST SICH NICHT IN EINER LEGISLATUR BEWÄLTIGEN.“

EIN INTERVIEW MIT PROF. DR. ALFONS BALMANN

Prof. Dr. Alfons Balmann ist Direktor des Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz.

Prof. Balmann, wie bewerten Sie die bisherigen Bemühungen der Politik, das Tierwohl zu erhöhen?

**Prof. Dr. Balmann:** Seit dem Nutztiergutachten des Wissenschaftlichen Beirats von 2015 wurde seitens der Politik nicht viel erreicht. Nur wenige Empfehlungen des Gutachtens wurden umgesetzt. Das heißt nicht, dass sich nichts verbessert hat. Verantwortlich dafür war jedoch mit einigen Ausnahmen wie dem Verbot der betäubungslosen Kastration weniger die Politik als das Engagement der Wirtschaft und die Verbraucher, die ihren Fleischkonsum deutlich reduzierten.

Wieso hat es bislang keines der staatlichen Siegel und Konzepte in die Supermärkte geschafft?

**Prof. Dr. Balmann:** Die Politik hat sich sehr intensiv mit staatlichen Förderungsmöglichkeiten beschäftigt, wie der Tierwohlabgabe oder der

Erhöhung der Umsatzsteuer. Beide Systeme kämpfen mit Tücken, wie EU-rechtliche Aspekte und Verteilungskämpfe innerhalb der Branche. Die Bezahlbarkeit bzw. die sozialen Implikationen einer Verteuerung von Fleisch wurde lange ignoriert und rückten erst mit der Aufarbeitung der Corona-Pandemie und den Preissteigerungen infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine ins Bewusstsein. Der Politik muss man zudem vorwerfen, dass sie nicht parteiübergreifend zusammenarbeitet; denn ein Umbau der Tierhaltung lässt sich nicht in einer Legislatur bewältigen. Man braucht eine breit getragene Strategie. Diese fehlt nach wie vor. Der zwischenzeitlich entstandene populistische Kulturkampf ums Fleisch ist kontraproduktiv.

Welche Vorteile sehen Sie in privatwirtschaftlichen Lösungen gegenüber staatlichen Bemühungen?

**Prof. Dr. Balmann:** Grundsätzlich kann man Tierwohl effizienter über Zielvorgaben verbessern als über die Festlegung von Regeln.

„IN DER LANDWIRTSCHAFT IST JEDER STANDORT, JEDER BETRIEB UND JEDES JAHR ANDERS. HIER WIRKEN FESTGELEGTE REGELN SEHR RESTRIKTIV, BÜROKRATISCH UND SIND IN DER UMSETZUNG TEUER, DA SIE NUR BEDINGT ZIELGENAU SIND.“

Allerdings lassen sich Regeln zu meist einfacher kontrollieren. Das ist wohl der Hauptgrund, warum Politik sehr stark auf Regeln setzt, statt vom Ergebnis her zu denken. Privatwirtschaftliche Ansätze können leichter von Ergebnissen her denken, wie etwa den Zielen Akzeptanz zu schaffen und Skandale zu vermeiden. Allerdings kann das nur funktionieren, wenn die unternehmerischen Ziele den tatsächlichen Tierwohlzielen entsprechen und man kritische Massen erreicht, weil maßgebliche Akteure die Führung übernehmen, um ins Handeln zu kommen.

Die ITW finanziert sich durch Handel und Verbraucher. Welche Perspektive sehen sie für die Finanzierung der staatlichen Förderung des Tierwohls?

**Prof. Dr. Balmann:** Verpflichtende Abgaben in Form eines Tierwohlcents oder einer höheren Umsatzsteuer für tierische Produkte können wesentlich höhere Einnahmen generieren. Allerdings ergeben sich auch daraus gewisse Probleme, wie das ärmere Haushalte mit höherem Fleischkonsum dadurch erheblich belastet würden. Soweit seitens der Gesellschaft sehr hohe Tierwohlstandards gewünscht sind, stellt sich zudem die Frage, inwieweit nicht auch die Teile der Gesellschaft an den Kosten beteiligt werden sollten, die kaum oder gar kein Fleisch essen. Dafür braucht man andere Steuern und zudem politische Mehrheiten. Das ist aktuell nicht gegeben.

Bei der inhaltlichen Gestaltung des Tierwohls gibt es zahlreiche Zielkonflikte. Sollte der Markt oder der Staat diese lösen?

**Prof. Dr. Balmann:**

„**LETZTLICH SIND MIT JEDER TIERWOHLFÖRDERUNG BÜROKRATIE- BZW. TRANS-AKTIONSKOSTEN SOWIE AUCH MITNAHMEEFFEKTE VERBUNDEN.**

Mit Blick auf die Borchert-Empfehlungen fürchte ich, dass langfristige garantierte Tierwohlprämien auf Dauer zu Ineffizienzen führen, da Standards definiert werden, die wohl am ehesten diejenigen Tierhalter ansprechen, denen über staatliche Geldzahlungen ein regulatorisches Korsett schmackhaft gemacht werden kann und weniger unternehmerischen Akteuren, die ständig auf der Suche nach Verbesserungen sind. Dies kann mittel- bis längerfristig technologische Fortschritte und den Wettbewerb ausbremsen und dadurch Tierwohl verteuern wie auch der Ökoeffizienz schaden. Gerade

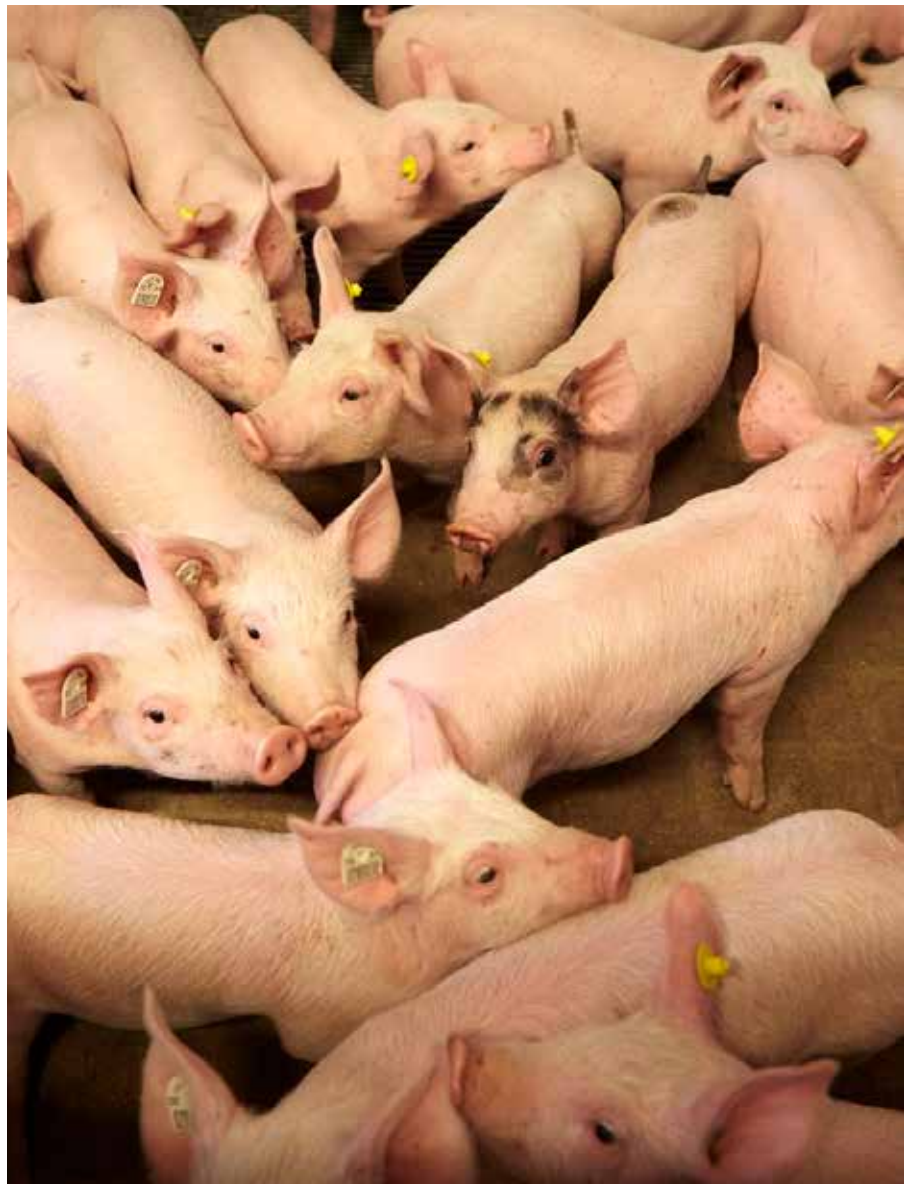
Effizienz und Bezahlbarkeit werden auf Dauer maßgeblich für das Erreichen von Tierwohlzielen sein.

Laut Koalitionsvertrag soll das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz grundsätzlich für Praxistauglichkeit reformiert werden. Welche Empfehlung geben sie der Politik zur Umsetzung des Vorhabens?

**Prof. Dr. Balmann:** Ich würde davon abraten, weiter ein eigenes staatliches Kennzeichen entwickeln zu wollen. Dagegen spricht nicht nur, dass weitere Zeit verloren geht, sondern auch dass ein starres System etabliert würde, dass der Dynamik des Sektors nicht gerecht wird.

„**EHER SOLLTE DAS BMLEH DIE ITW DARIN UNTERSTÜTZEN, IHRE HALTUNGSKENNZEICHNUNG WEITERZUENTWICKELN UND TIERWOHL STÄRKER VOM ERGEBNIS HER ZU KLASSIFIZIEREN.**

Die Politik kann diese Bedarfe neben finanziellen Fördermaßnahmen auch über eine Beförderung der Digitalisierung sowie auch Verbesserungen im Bau- und Umweltrecht unterstützen.



**FORSA-UMFRAGE**

# INITIATIVE TIERWOHL IN DEUTSCHLAND EINE BEKANNTE GRÖSSE



Die Initiative Tierwohl (ITW) hat sich in Deutschland als wegweisendes Konzept für eine tiergerechte Haltung etabliert. Eine jährliche, repräsentative Studie von forsa zeigt, dass 71 Prozent der Befragten die ITW kennen, und 85 Prozent das Konzept als gut oder sehr gut bewerten. Beson-

ders hoch ist die Zustimmung unter den Anhängern der SPD (94 Prozent) und der Grünen (91 Prozent), dicht gefolgt von den CDU-Wählern. Die Initiative unterstützt Landwirte dabei, über den gesetzlichen Standard hinaus freiwillig mehr für das Tierwohl zu tun. Dabei wird die Umsetzung der

geförderten Maßnahmen unabhängig kontrolliert. Bei Verstößen müssen Tierhalter mit finanziellen Strafen rechnen und werden für einen gewissen Zeitraum aus der ITW ausgeschlossen. Genau dieses Konzept stößt auf breite Akzeptanz.

**88 %**

Kennzeichnung von Fleischprodukten mit einem fünfstufigen System finden 88% sehr gut/gut.

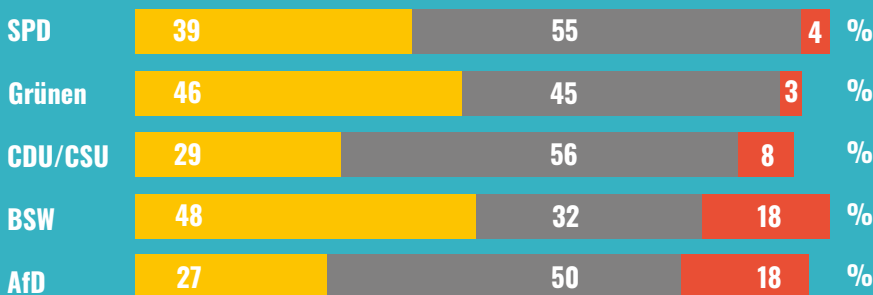
**74 %**

meinen, dass eine Kennzeichnung der Tierhaltungs-Form langfristig zu bewussterem Einkaufsverhalten und stärkerer Berücksichtigung des „Tierwohl“ führen wird.

**85 %**

bewerten das Konzept der „Initiative Tierwohl“ gut oder sehr gut.

## ZUSTIMMUNG FÜR DAS KONZEPT DER „INITIATIVE TIERWOHL“ UNTER DEN ANHÄNGERN VON:



sehr gut
  gut
  nicht so gut

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“



## TIERWOHL NICHT PRIMÄR AUFGABE DES STAATES

Doch wer trägt die Verantwortung für eine tiergerechte Haltung von Nutztieren? Eine klare Mehrheit der Befragten (63 Prozent) sieht in erster Linie die Verbraucher in der Verantwortung, durch ihr Kaufverhalten zur Verbesserung des Tierwohls beizutragen. Der Staat wird lediglich von 56 Prozent als verantwortliche Instanz angesehen, vor allem durch gezielte Fördermaßnahmen und gesetzliche Rahmenbedingungen zum Tierwohl beizutragen. Einzig die Grünen-Anhänger sind der Meinung, dass der Staat hier eine entscheidendere Rolle spielen sollte (70 Prozent).

Was die Finanzierung des höheren Tierwohls betrifft, ist mit 71 Prozent ebenfalls die Mehrheit der Ansicht, dass die Kosten vor allem von den Verbrauchern getragen werden sollten. Der Lebensmitteleinzelhandel folgt mit 39 Prozent, während der Staat mit nur 32 Prozent an dritter Stelle genannt wird. Mit 54 Prozent sind Anhänger der AfD deutlich seltener dazu bereit mehr für Fleisch aus Deutschland zu bezahlen, wenn dafür die Bedingungen in der Tierhaltung verbessert würden (Vergleich: SPD 89 Prozent, Grüne 96 Prozent, CDU/CSU 80 Prozent).

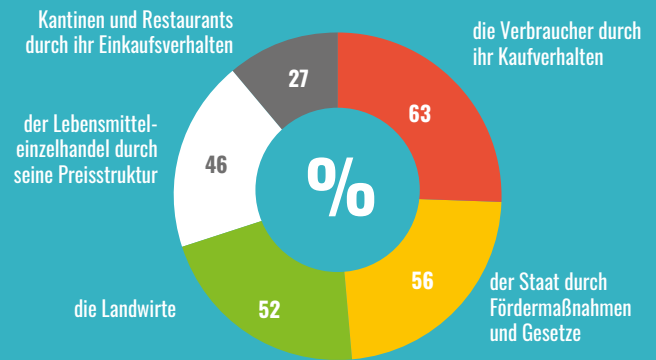
## TIERHALTUNGSKENNZEICHNUNG: WENIG ZUSTIMMUNG FÜR BLOSSE DOKUMENTENPRÜFUNG

Auch die Haltungsform findet Zustimmung: 88 Prozent der Befragten finden die Kennzeichnung von Fleischprodukten mit einem fünfstufigen System sehr gut oder gut. 74 Prozent meinen sogar, dass eine Kennzeichnung der Tierhaltungs-Form langfristig zu bewussterem Einkaufsverhalten und stärkerer Berücksichtigung des Tierwohls führen wird. Mit 80 Prozent ist der Bekanntheitsgrad des Produktsiegels „Haltungsform“ auf einem sehr hohen Niveau.

Nach jahrelangen politischen Verhandlungen hat die Bundesregierung 2023 nun entschieden, ein verpflichtendes fünfstufiges Tierhaltungskennzeichen einzuführen. Ab August 2025 wird Schweinefleisch kennzeichnungspflichtig. In der Umsetzung und Kontrolle der staatlichen Tierhaltungskennzeichnung bleibt das Gesetz jedoch vage und schiebt die Verantwortung auf die Länder. Die Deutschen sind sich diesbezüglich jedoch einig: Eine deutliche Mehrheit (85 Prozent) fordert, dass die Überprüfung durch direkte Kontrollen der landwirtschaftlichen Betriebe vor Ort erfolgen sollte. Nur 9 Prozent halten eine bloße Dokumentenprüfung für ausreichend.

## WER TRÄGT DIE VERANTWORTUNG?

In erster Linie ist in der Verantwortung, für eine tiergerechte Haltung von Nutztieren zu sorgen: (Mehrfachnennungen möglich)

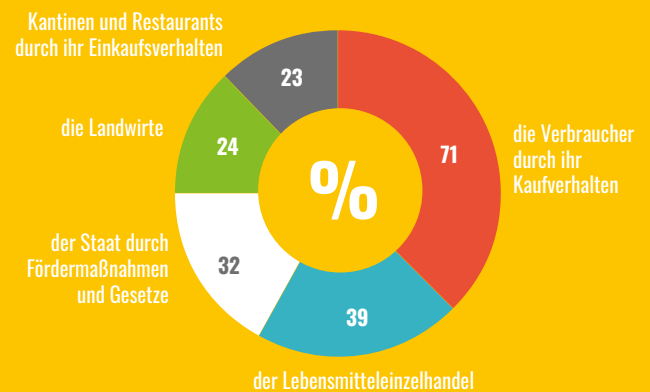


Der Staat durch Fördermaßnahmen und Gesetze:



## WER SOLL DAS BEZAHLEN?

Die Kosten für eine tiergerechte Haltung von Nutztieren sollten in erster Linie tragen:



Die Verbraucher durch ihr Kaufverhalten:

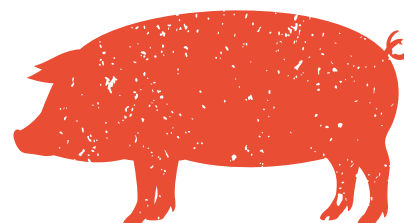


## KURZMELDUNGEN

### ÄNDERUNGEN IN DER SCHWEINEMAST

#### Neues Bonussystem & Aufpreisempfehlungen

Seit April 2025 profitieren Schweinemastbetriebe von höheren Aufpreisempfehlungen der Initiative Tierwohl (ITW): 7,50 Euro pro ITW-Mastschwein für Betriebe, die ausschließlich ITW-Ferkel beziehen und 6,50 Euro (ab 2026: 6,00 Euro) bei gemischtem Bezug. Zudem fördert seit April ein neues Bonussystem die ITW-Zertifizierung – von der Geburt bis zur Mast. Schlachtbetriebe zahlen 1,00 Euro pro Mastschwein in den Ferkelfonds, wenn es nur in der Mast ITW-konform gehalten wurde (ab 2026: 1,50 Euro). Die Mehrkosten für jedes ITW-Mastschwein (gerechnet anhand der Aufpreisempfehlung) betragen somit immer 7,50 Euro. Der Nämlichkeitsstatus der Betriebe ist jetzt in der ITW-Datenbank öffentlich einsehbar.



### GEFLÜGELHALTUNG

#### Neue Kriterien für mehr Tierwohl

Seit 1. Juli 2025 werden neue Anforderungen der Hähnchen- und Putenmast zur Pflicht. Dann müssen alle geschlossenen Mastputenställe mit Kunstlicht Dämmerlichtphasen aufweisen. Außerdem sorgen erhöhte Ebenen bei den Tieren für mehr Struktur im Stall. Die Gesundheitsberatung gibt es nun auch für Mastputen. Um die Nämlichkeit zu fördern, müssen angemeldete Betriebe mit integrierter oder separater Putenaufzucht bestimmte Anforderungen erfüllen. Außerdem wurde die Empfehlung des Tierwohl-Preisauflags erhöht: 2,97 Cent pro Kilogramm Lebendgewicht für Hähnchen, 3,64 Cent pro Kilogramm Lebendgewicht für Putenhennen und 4,38 Cent pro Kilogramm Lebendgewicht bei Putenhähnen. Alle Informationen zu den neuen Anforderungen sind bereits jetzt im Downloadbereich auf der ITW-Website verfügbar.



## IMPRESSUM

**Herausgeber:**

Gesellschaft zur Förderung des  
Tierwohls in der Nutztierhaltung mbH.  
Schwertberger Straße 14, 53177 Bonn

**V.i.S.d.P.:**

Dr. Alexander Hinrichs  
und Robert Römer  
Tel. +49 (0) 228 336485-0

**Redaktion:**

Dr. Patrick Klein, Katharina Clemens  
Tel. +49 (0) 228 336485-360  
E-Mail [patrick.klein@initiative-tierwohl.de](mailto:patrick.klein@initiative-tierwohl.de)

